



Bis hierhin und nicht weiter! Wenn öffentlicher Raum privatisiert wird, entscheidet der Besitzer, wer draußen bleibt.

FOTOS: FELLERMEYER, BLOBBOTRONIC - FOTOLIA

Geschlossene Gesellschaft

Wenn öffentliche Räume zunehmend an Investoren verkauft werden, gehört die Stadt bald den Kunden, nicht den Bürgern. Doch was bedeutet das für das Gemeinwesen?

schen Lavasa entsteht sogar eine ganze Privatstadt, die von Investoren verwaltet wird. In London wird in den nächsten Jahren eine 366 Meter lange, mit Büschen und Bäumen begrünte Gartenbrücke über der Themse gebaut. Die 247 Millionen Euro teure Brücke soll an zwölf Tagen für die Öffentlichkeit geschlossen werden. Dann können Sponsoren

wirft die Frage auf, welche Regeln in diesen Bereichen gelten: Darf man in einer Shopping-Mall gegen die Methoden eines Textilunternehmens wie Primark demonstrieren?

Am 11. März 2003 verteilten die Mitglieder der „Initiative gegen Abschiebungen“ in einer Abflughalle des Frankfurter Flughafens Handzettel gegen die Abschiebung

20.8.15, Sonntag Aktuell

Kontrolle dieses scheinöffentlichen Raums geschieht subtil, indem zwar weiterhin Zugänglichkeit simuliert, zugleich aber für den Konsum oder den Investor unerwünschte vermeintliche Randgruppen, Demonstrationen und anderes mehr ferngehalten werden. Die Orte unterliegen einer sozialen Selektion.“ Die soziale und funktionale Vielfalt

Die Ecke Freßgass/Goethestraße ist ein nettes Örtchen in der Frankfurter Innenstadt. Metzger und Feinkosthändler bieten hier kulinarische Delikatessen feil, nur ein paar Meter weiter in der Goethestraße verkaufen Edelboutiquen von Prada und Chanel exklusive Handtaschen und Uhren. Der Besucher, der über dieses teure Pflaster flaniert, befindet sich nicht etwa im öffentlichen Raum, sondern auf privatem Grundstück. 2013 verkaufte die Kommune die 90 Quadratmeter große Fußgängerzone für 1,66 Millionen Euro an einen Investor. Es ist zwar nur eine Kleinstfläche, doch das Geschäft hatte Symbolcharakter.

Die Stadt Köln hat kürzlich die Straße Gereonshof in der Innenstadt für mehr als 200 000 Euro an einen privaten Investor verkauft. Die Immofinanz-Gruppe plante eine Absperrung des einstigen Versicherungsareals. Die Anwohner befürchteten eine nächtliche Durchgangssperre. Prompt wurden Vergleiche mit den Gated Communities in Brasilien gezogen, wo die Superreichen in abgeschotteten Hochsicherheits-siedlungen, umgeben von meterhohen Mauern, wohnen.

Dass Kommunen Gebäude oder Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisieren, ist nicht außergewöhnlich. Neu ist, dass der öffentliche Raum – Straßen und Plätze, zu denen jeder offenen Zugang hat – privatisiert wird. In Deutschland stehen Brücken, Bahnhöfe und Straßen zum Verkauf. Geht es nach Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, soll sogar noch mehr öffentliche Infrastruktur verkauft werden.

Ein Blick ins Ausland zeigt, wie weit der Prozess gediehen ist. In Montenegro sind ganze Strandabschnitte an russische Konsortien veräußert worden, Griechenland verkauft seine Flughäfen und Häfen, im indi-

wie der Rohstoffgigant Glencore Firmenveranstaltungen feiern. „Man geht dann von der Tate Modern, gesponsert von BP, über die Glencore-Brücke zum Royal Opera House, gefördert von Rio Tinto“, bemerkte der Greenpeace-Aktivist Charlie Kronick mit bitterer Ironie. Der öffentliche Raum wird zur Sponsorenzone.

Wer nicht konsumieren will, soll gehen

Die britische Zeitung „The Guardian“ hat eine Karte veröffentlicht, auf der zu sehen ist, welche Orte an der Themse privatisiert sind. Man kann schon fast gar nicht mehr öffentlich am Themseufer flanieren. An zahlreichen Plätzen dürfen Fußgänger nicht passieren und keine Fotos machen. Und schon gar nicht demonstrieren. Als Aktivisten der Occupy-Bewegung 2012 auf dem Paternoster Square vor der St. Paul's Cathedral demonstrieren wollten, wurden sie von der Polizei des Platzes verwiesen. Der Grund: Der Paternoster Square gehört der Mitsubishi Estate – und ist damit Privatgrund. Die Besitzer erwirkten eine einstweilige Verfügung, in der es hieß: „Die Aktivisten haben kein Demonstrationsrecht auf dem Platz, der sich vollständig in Privateigentum befindet.“

Die Ironie ist, dass die Ladenbesitzer sich angeblich über Umsatzeinbußen beschwert und die Demonstranten die Kunden vergrault hätten. In Wahrheit ist es genau umgekehrt: Die Eigentümer haben die Bürger verdrängt. „Die City wird zu Tode privatisiert“, kritisierte der Schriftsteller Ian Martin im „Guardian“.

Auch das Stadtbild deutscher Innenstädte hat sich in den letzten Jahren gewandelt: Neue Shopping-Malls schießen wie Pilze aus dem Boden; Business Improvement Districts (BIDs), ein Zusammenschluss von Immobilienbesitzern, sollen Stadtviertel aufwerten. Das Management wird delegiert, die Innenstadt verwaltet wie ein Einkaufszentrum.

Die Privatisierung städtischer Areale

eines Ausländers. Die Demonstration wurde von Mitarbeitern der Fraport AG sowie Einsatzkräften des Bundesgrenzschutzes beendet. Die Fraport AG, Betreiberin des Flughafens, wollte politische Aktivitäten verbannen und verhängte ein unbefristetes Flughafenverbot. Wer nicht reisen oder einkaufen will, soll gehen.

Die Demonstranten klagten daraufhin vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Gericht entschied, dass sich die Meinungs- und Versammlungsfreiheit auch auf die Abfertigungshallen von Flughäfen erstreckt, sofern diese mehrheitlich in der Hand des Staates sind (was bei Fraport der Fall ist) und dies ein „öffentliches Forum“ ist. Das gilt aber nur für den Staat. Der Hauseigentümer muss keine Demonstranten in seinem Vorgarten dulden, und seien die Motive noch so hehr. Dürfen die Anwohner in Köln dann auch nicht demonstrieren? Geht Hausrecht vor Grundrecht? „Nach geltender Rechtslage könnte der Eigentümer der privatisierten Straße Versammlungen noch untersagen“, erklärt die Rechtswissenschaftlerin Friederike Wapler von der Universität Frankfurt.

Die Frage ist, ob ein „öffentliches Forum“ auch dann eröffnet sein kann, wenn das Gelände sich mehrheitlich oder komplett in privatem Eigentum befindet, beispielsweise in einer Shopping-Mall. Das hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung offengelassen. Das Sony-Center in Berlin zieht in seinem Innenhof jährlich acht Millionen Besucher an. Es ist faktisch ein öffentliches Forum, aber eben auf privatem Grundstück. Shopping-Malls sind die Marktplätze des 21. Jahrhunderts. Und sie markieren auch einen Strukturwandel der Öffentlichkeit.

Die Sorge ist, dass die Geschäftswelten und Shopping-Malls ohne Grundrechtsschutz zur meinungsfreien Zone verkommen. Guido Brendgens, Referent für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Umwelt der Fraktion Die Linke im Berliner Senat, sagt im Gespräch mit unserer Zeitung: „Die

und Vielschichtigkeit, die Urbanität erst ausmacht, gehe zugunsten einer „glatt polierten Stadtgestalt“ verloren.

Der Kunde soll konsumieren, seine politische Meinung darf er aber nur eingeschränkt zu Markte tragen. Die Tendenz in vielen Städten, den öffentlichen Raum zu privatisieren, sieht auch Rechtswissenschaftlerin Wapler kritisch. „Demokratische Kommunikation braucht öffentliche Räume, Straßen und Plätze, damit Menschen sich begegnen, miteinander kommunizieren und sich versammeln können.“ In einer demokratischen Gesellschaft müsse es Räume geben, die allen Menschen gleichberechtigt zugänglich sind und die kreativ für verschiedene Zwecke genutzt werden können.

Was zählt mehr: Eigentumsrecht oder Versammlungsfreiheit?

Die Diskussion um die demokratische Teilhabe im öffentlichen Raum entspringt einem Zielkonflikt zwischen Eigentumsrecht und Versammlungsfreiheit. Egal, wie man das Problem wendet, führt das stets zu der Frage, wem die Stadt eigentlich gehört. Den Bürgern? Oder den Investoren? Das ist eigentlich eine rhetorische Frage, aber wenn man sieht, wie viele Grundstücke und Straßen verkauft werden, eine gar nicht mehr so leicht zu beantwortende.

Die Stadt Venedig, die jährlich von 25 Millionen Touristen überschwemmt wird, erwog unlängst, eine Benutzungsgebühr für Tagesbesucher zu erheben. Der italienische Kulturstaatssekretär Ilaria Borletti sagte, Touristen sollten für das Privileg, das Unesco-Weltkulturerbe zu sehen, bezahlen. Vielleicht kommt es irgendwann auch in Deutschland dazu, dass man nicht nur auf Autobahnen Maut bezahlt, sondern auch für die Besichtigung der Altstadt oder Denkmäler. Die Stadt, die historisch auf der Polis, einer Gemeinschaft freier und gleicher Bürger, gründet, droht zu einem exklusiven Club zu werden – rein darf nur, wer zahlt.